

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Weiterführung und Finanzierung von Take off – Tagesstruktur für Jugendliche, ein Präventionsprogramm für Jugendliche und junge Erwachsene für die Jahre 2026-2029
2025/382

vom 19. November 2025

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat für die Jahre 2026 bis 2029 eine neue einmalige Ausgabe von CHF 1,6 Mio. (d.h. jährlich CHF 400 000) als Betriebsbeitrag an das Präventions- und Integrationsprogramm «Take off», das von der Stiftung Jugendsozialwerk Blaues Kreuz Baselland angeboten wird und mehrere spezifische Programme umfasst. Dies erlaube es verschiedenen Behörden, aber insbesondere der Jugendanwaltschaft, auch künftig die «dringend benötigten Zuweisungen» veranlassen zu können. Die Stiftung, so heisst es, «ist eine soziale Institution, die es sich zum Ziel gemacht hat, im Auftrag von öffentlichen und privaten Institutionen Aufgaben im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit zu erfüllen». Sie engagiere sich in der Sucht- und Präventionsarbeit und dabei insbesondere zu Gunsten von jungen Menschen.

Das Programm «Take off» wird seit 2002 vom Kanton unterstützt bzw. über Leistungsvereinbarungen mitgetragen. Mit «Take off» könnten Jugendliche aufgefangen oder begleitet werden, welche schulische oder soziale Schwierigkeiten haben, so die Vorlage. Je früher eine Intervention erfolge, desto eher gelinge es, Folgekosten bei Heimplatzierungen, beim Straf- und Massnahmenvollzug und bei der Sozialhilfe zu vermeiden. Gemäss Vorlage bieten «die massgeschneiderten Take-off-Programme für Jugendliche mit unvorteilhaftem Bildungsverlauf» nicht nur eine kurzfristige, wichtige Tagesstruktur, sondern sie führten in den letzten Jahren oft auch zu den mittel- und langfristig gewünschten Zielen: Neben den angestrebten Fortschritten in schulischen und Persönlichkeits- sowie Sozialkompetenz-Bereichen beendeten viele Jugendliche die Programme mit dem Abschluss eines Lehrvertrages oder der Aufnahme an einer weiterführenden Schule.

Im Kanton Basel-Landschaft existiert kein vergleichbares Programm, welches eine Unterstützung für Jugendliche mit unvorteilhaftem Bildungsverlauf bietet, heisst es. Würde die Leistungsvereinbarung betreffend «Take off» nicht weitergeführt, könne die Stiftung dieses Programm nicht aus eigenen Mitteln weiterführen oder mit Drittmitteln bestreiten. Damit müssten zukünftig in vielen Fällen massiv teurere Heimplatzierungen vorgenommen werden. Jugendliche mit einem speziellen schulischen und sozialen Lern- und Förderbedarf andererseits müssten mit weit teureren Mitteln beschult und ausgebildet werden, schreibt der Regierungsrat in der Vorlage weiter.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 20.10.2025 beraten, dies in Anwesenheit von Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer, Angela Weirich, Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion, und Chantal Stadelmann, stv. Jugendanwältin. Die Kommission hat zudem Christoph Hefi, Fredi Jaber und Marco Ferraro von der Stiftung Jugendsozialwerk Baselland angehört.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Vorlage war in der Kommission unbestritten. Die Arbeit des Jugendsozialwerks Baselland wurde als sehr wertvoll anerkannt und verdankt. Es wurde gesagt, dass es wichtig sei, dass der Kanton diese Mittel spreche, weil das Angebot sonst nicht weiterbestehen könne.

Im Rahmen der Diskussion erkundigte sich die Kommission, ob die Schulen über genügend Plätze bei «Take Off» verfügen, um Jugendliche aufzunehmen, die im regulären Schulbetrieb nicht tragbar sind, und wo die Abgrenzung zu anderen Programmen – insbesondere TimeOut – liege. Die Vertreter von Take Off erklärten, dass TimeOut die Schulen für zwei bis acht Wochen entlasten kann. Wenn ein Fall nicht mehr in diesem Rahmen lösbar ist, dann werden die Jugendlichen an das Take-Off-Programm zugewiesen. Dort kann sehr individuell auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen werden: «Take Off» ermöglicht es, den Schulabschluss zu erlangen, Jugendliche ausbildungsfähig zu machen oder jemanden auf eine Lehrstelle vorzubereiten.

Auf Nachfrage legten die Take-Off-Anbieter dar, dass sie über ein sehr grosses Netzwerk von Lehrbetrieben verfügen und eine grosse Vielfalt an Praktikumsplätzen organisieren können. Besonders wichtig sei, dass die Jugendlichen gezielte Unterstützung für eine wirksame Bewerbung erhielten. Die Vertreterin der Jugendanwaltschaft erklärte, dass «Take Off» Jugendliche aufnehmen könne, die geringfügige Delikte begangen haben. Es wurde argumentiert, dass es einen präventiven Charakter hat, wenn jemand auf eine Lehre hinarbeitet oder mit Hilfe von «Take Off» eine Lehrstelle findet. Auch Jugendliche mit einer elektronischen Fussfessel können ins Take-Off-Programm aufgenommen werden, wodurch ihnen eine sinnvolle Tagesstruktur geboten wird.

Auf die Frage, aus welchen Gründen Jugendliche bei «Take Off» aufgenommen werden, erklärten die Verantwortlichen, die Hintergründe seien sehr unterschiedlich. Oftmals lägen zerrüttete Familienverhältnisse vor – es gebe aber beispielsweise auch Jugendliche mit sehr tiefer oder sehr hoher Intelligenz, die Unterstützung benötigen. Insgesamt zeigten sich sehr viele Jugendliche erschöpft und versuchten, sich zu betäuben. Bei exzessivem Drogenkonsum seien diese bei «Take Off» aber an der falschen Anlaufstelle. Die Direktion legt dar, dass das Alleinstellungsmerkmal von «Take Off» gerade die Möglichkeit sei, individuell auf die Jugendlichen einzugehen, in den Dialog zu treten bzw. nicht nach starren Regeln zu arbeiten.

Die Kommission erkundigte sich zudem nach der Zusammenarbeit mit den Eltern. Es wurde gesagt, dass es weniger Jugendliche in den Programmen gibt, wenn man es schafft, präventiv besser mit den Eltern zusammenzuarbeiten, – aber die Zusammenarbeit sei meistens schwierig.

Ein Kommissionsmitglied fragte, ob man mit einem höheren Geldbetrag den Erfolg von «Take Off» noch steigern könnte. Deren Vertreter hielten fest, dass eine finanzielle Entlastung der Sozialdienste und Schulen sinnvoll sein könnte – da diese Massnahmen aus dem eigenen Budget sprechen müssen. Wenn es stattdessen einen Topf gebe würde, aus dem sie Beiträge beziehen könnten, wäre es möglich, die Leistungen von «Take Off» mit der bestehenden Infrastruktur um ein Drittel zu steigern.

Im weiteren Verlauf diskutierte die Kommission auch die grundsätzliche Frage des Schulsystems und dessen Auswirkung auf die Jugendlichen. Dabei interessierte sie sich insbesondere dafür, wie es den Jugendlichen am Ende der Schulzeit geht. Ein Kommissionsmitglied wollte wissen, weshalb so viele Jugendliche nach der Schule bei der Invalidenversicherung (IV) angemeldet werden. Es wurde erläutert, dass es sich hierbei nur in Ausnahmefällen um eine IV-Rente handle, sondern um Unterstützungsleistungen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung und später zu einer Lehrstelle. Die Vertreter von «Take Off» erklärten, dass die Zahl der IV-Anmeldungen bei Jugendlichen zugenommen habe, seit Drittpersonen Anmeldungen machen dürfen.

3. Antrag an den Landrat

Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen ohne Enthaltungen, gemäss beiliegendem Landratsbeschluss zu beschliessen.

19.11.2025 / tvr

Justiz- und Sicherheitskommission

Dominique Erhart, Präsident

Beilage

- Landratsbeschluss (unveränderter Entwurf)

Landratsbeschluss

**betreffend Weiterführung und Finanzierung von Take off – Tagesstruktur für Jugendliche,
ein Präventionsprogramm für Jugendliche und junge Erwachsene für die Jahre 2026-2029**

vom **Datum wird durch die LKA eingesetzt.**

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für die Weiterführung des Programmes Take off - Tagesstruktur für Jugendliche wird für die Jahre 2026 bis und mit 2029 eine neue einmalige Ausgabe von CHF 1 600 000 Franken (= jährlich CHF 400 000) bewilligt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung

Liestal, **Datum wird durch die LKA eingesetzt.**

Im Namen des Landrats

Der Präsident:

Die Landschreiberin: